Donnerstag, 15. September 1932
Nr. 209. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

Schlesische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Balkanstaat Deutschland

Neuwahlen nur bei Wohlverhalten der Opposition — Reichstagsausschüsse stellen mehrfachen Verfassungsbruch fest — Verfassungswidriges Vorgehen gegen die KPD

Die Reichsregierung hat es bisher noch nicht für notwendig gehalten, eine offizielle Erklärung über ihre weiteren Pläne zu veröffentlichen. Wie aus gut unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, will die Regierung zunächst abwarten und ihre Entschlüsse erst in einigen Tagen treffen.

Es wird in Regierungskreisen betont, daß „streng verfassungsmäßig" vorgegangen werden solle. Wir wissen jedoch, daß der Begriff „verfassungsmäßig" sehr weiter Auslegungen fähig ist. So will die Regierung die Möglichkeiten prüfen, „die sich für eine

Aenderung des Wahlrechts auf Grund des Artikels 48

ergeben". Es gäbe eine Reihe von Punkten des Wahlgesetzes, in denen Aenderungen möglich seien, „ohne daß die verfassungsmäßige Grundlage dadurch berührt werde". Da kann man ja auf allerhand gefaßt sein.

Noch toller ist jedoch die Stellungnahme zur

Frage der Neuwahlen,

die aus Kreisen bekannt wird, die offenbar in engster Verbindung zur Reichsregierung stehen. Danach stelle sich die Regierung auf den Standpunkt, daß Neuwahlen nur dann möglich seien, wenn die Oppositionsparteien — das sind bekanntlich im Augenblick alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen — „in ihrer Haltung beweisen, daß auch sie gewillt sind, in jeder Beziehung die Verfassung zu achten und ihre Durchführung zu ermöglichen". Das bedeutet, daß die Reichsregierung die verfassungsmäßig zwingend vorgeschriebene Durchführung von Neuwahlen von der Erfüllung politischer Bedingungen abhängig macht.

Ein anderer Vorwand für die Hinauszögerung der Neuwahlen ist der Regierung anscheinend bereits genommen. Die Regierung spekulierte nämlich darauf, daß einzelne Länderregierungen den Staatsgerichtshof anrufen würden, um festzustellen, daß der Reichstag verfassungswidrig aufgelöst sei. Es hätte mindestens einige Monate, unter Umständen sogar noch länger gedauert, bis der Staatsgerichtshof seine Entscheidung getroffen hätte und während dieser Zeit hätten naturgemäß keine Neuwahlen stattfinden können. Wie jetzt gemeldet wird, ist

nicht mehr damit zu rechnen, daß der Staatsgerichtshof angerufen wird.

Die Länderregierungen, die ursprünglich diese Absicht hatten, haben davon Abstand genommen, damit nicht, wie oben angedeutet, der Termin der Neuwahlen zwangsläufig hinausgeschoben wird.

Durchsuchung der kommunistischen Fraktionsräume

Hirngespinst von einem geplanten Sprengstoff-Attentat

„Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht" hat in der Nacht vom 12. zum 13. September der stellvertretende Leiter der Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums, Regierungsrat von Werder, eine Durchsuchung der kommunistischen Fraktionsräume im Reichstage angeordnet. Man hatte vorsorglich gewartet, bis die kommunistischen Abgeordneten das Parlamentsgebäude verlassen hatten. Der Direktor des Reichstages, Galle, erhob gegen die Durchsuchung sofort Einspruch, da die Polizei ohne Genehmigung des Präsidenten, der auch im aufgelösten Reichstage allein das Hausrecht besitze, nicht in das Reichstagsgebäude eindringen dürfe. Trotz dieses Einspruches wurde die verfassungswidrige Durchsuchung der Fraktionsräume der KPD und der Keller des Reichstages zu Ende geführt.

Der amtliche Polizeibericht wagt es, die lächerliche Behauptung aufzustellen, es habe „der dringende Verdacht eines Sprengstoffattentats" vorgelegen. Derselbe amtliche Bericht muß jedoch zugeben: „Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden." Zum Trost wurden in den Räumen der KPD „zwei Zersetzungsschriften sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahnbau beschäftigt, beschlagnahmt".

Das ganze Unternehmen ist nicht nur eine schroffe Verletzung der Verfassung, sondern vor allem ein wohlvorbereiteter, allerdings kläglich mißlungener Schlag gegen die KPD. Es ist sehr möglich, daß es nach diesem Mißerfolg heißen wird, es habe sich um einen Uebergriff einer untergeordneten Stelle gehandelt. Wir sind dennoch überzeugt, daß diese Aktion an sehr hoher Stelle erdacht worden ist, um vielleicht Material für ein Verbot der Kommunistischen Partei zu erhalten. Es ist Aufgabe aller Arbeiterorganisationen, ihre Solidarität mit der KPD im Protest gegen dieses Vorgehen zu bekunden.

„Die Schuld fällt auf diese Reichsregierung"

Eine Erklärung des Zentrums

Berlin, 13. September.

CNB. Der Reichsparteivorstand und die Reichstagsfraktion des Zentrums haben eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Am 4. Juni d. J. ist der Reichstag von der Reichsleitung mit der Begründung aufgelöst worden, daß er in seiner Zusammensetzung dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspreche. Am 12. September hat man ihn aufgelöst, weil, wie es heißt, „die Gefahr" bestand, daß der Reichstag die Aufhebung der erlassenen Notverordnung verlangte. In beiden Fällen waren Anlaß und Ziel gleich, der Wille zum Fortbestand einer Reichsregierung, die sich im Widerspruch zur Verfassung als „unabhängig" erklärt und in der Volksvertretung keinerlei Vertrauen hat. Das beweist unwiderlegbar das Ergebnis der entscheidenden Abstimmung im Parlament. Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichstage das Recht, verordnete Notmaßnahmen außer Kraft zu setzen. Das Auflösungsdekret vom 12. September hat dem Reichstage die Ausübung dieses Rechtes unmöglich gemacht. Darum widerspricht diese Auflösung dem Sinne der Reichsverfassung.

Die Regierung von Papen aber arbeitete tatsächlich gegen das Zusammenwirken der arbeitsbereiten Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag von vornherein als arbeitsunfähig zu erklären und ihn arbeitsunfähig zu machen. Sie brauchte einen solchen Zustand, um ihre Daseinsberechtigung daraus herzuleiten. Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit Vertretern breiter Volksgruppen im Parlament sind von ihm zu einem seltsamen Doppelspiel benutzt worden. Statt sie zusammenzuführen, spielte er die eine Gruppe gegen die andere aus.

Die Zentrumspartei hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer sachlich gegründeten, arbeitsfähigen Grundlage im neuen Reichstage bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen, war sie bereit, Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewußt bejahte.

Die Regierung von Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf diese Reichsregierung."

Neuer Aufstand in Chile

Santiago de Chile, 13. September.

WTB. Unter Führung des Befehlshabers des Fliegerkorps, Merino, ist ein Aufstand gegen die provisorische Regierung Davila ausgebrochen.

WTB. Paris, 13. September.

Ueber den Aufstand gegen die Regierung Davila ist hier die folgende Meldung eingegangen: In Chile scheint eine neue Umsturzbewegung erfolgreich verlaufen zu sein und eine Militärjunta unter dem Vorsitz des Staatsgerichtspräsidenten die Regierung übernommen zu haben. Angeblich soll ein provisorisches Präsidium gewählt werden mit dem Auftrag, Wahlen auszuschreiben. Nach den Wahlen will man die Pressefreiheit wieder herstellen. Die unter dem letzten Regime in die Verbannung geschickten politischen Persönlichkeiten sollen dann zurückgerufen werden.

Santiago de Chile, 13. September.

WTB. Staatspräsident Davila hat sein Amt niedergelegt, nachdem chilenische Luftstreitkräfte ihm angedroht hatten, daß sie das Präsidentschaftsgebäude mit Bomben belegen würden.

Hätte Chile einen Severing, so würde er sagen, das ist nur „vorübergehend".

Bolivien ruft die Reserven zur Fahne

La Paz, 14. September.

WTB. Die Jahrgänge der Reserven 1927, 1928 und 1929 sind zur Fortsetzung der Kämpfe in Chaco zu den Fahnen gerufen worden. Bolivien hat den Völkerbund davon in Kenntnis gesetzt, daß es nicht in der Lage sei, den Kampf einzustellen, da es sich verteidigen müsse.

Volksentscheid statt Kampf gegen Lohnraub

Der Reichstag ist zum Teufel gejagt, man gestattet ihm nicht einmal zu quatschen. Die Regierung wird an „Verfassungstreue" nur noch von Hitler-Göring übertroffen, doch sie legt alle Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen nach ihrem Sinne aus, alle parlamentarischen Beschlüsse sind für sie Luft, sie tut, was sie will. Sie macht ohne Parlament dem Kapital Milliardengeschenke, verordnet neue Massensteuern und führt den größten Lohn- und Unterstützungsraub durch.

Jeder kleine Schuljunge sieht, daß das Parlament und alle parlamentarischen „Willensbestimmungen des Volkes" für die Katz sind, zum Kindergespött werden. Alles sieht und begreift das, nur die bis vor kurzem größte Partei,

die SPD sieht und begreift das nicht, will es einfach nicht sehen.

Für sie gibt es trotz alledem nur eins: Wählen, immer wieder wählen, Stimmzettel!

Auf diese hundertfach bankrotte Politik ist auch ihr neuester Aufruf „An das deutsche Volk" abgestimmt. Wieder wird darin in fetter Schlagzeile deklamiert „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Da lachen schon die Hühner. Dann wird dem deutschen Volk seine „Schuld" vorgehalten. „Deutsches Volk, jetzt erfährst du, wohin es führt, wenn du einen Reichstag wählst, der in seiner Mehrheit aus Gegnern des Parlaments besteht". Abgesehen davon, daß dem deutschen Volk von den „Freunden des Parlaments" das Fell nicht minder gründlich über die Ohren gezogen wurde, vergißt die SPD zu sagen, daß ihr Freund Brüning den aus nur „parlamentstreuer" Mehrheit bestehenden Reichstag fast ebenso behandelt hat wie jetzt Papen.

„Ohne Hitler kein Papen", sagt der Aufruf. Sehr richtig, aber

ohne Noske, Ebert, Severing und ihre Politik kein Hitler!

Dann kommt der neueste Clou der SPD, der „Volksentscheid gegen Papenverordnung und Lohnabbau". Die SPD hat das Volksbegehren schon beantragt. Es soll dadurch der zweite, sozialpolitische Teil der Verordnung aufgehoben werden. Ganz abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob dieser Volksentscheid ohne Bestehen eines Reichstages und weil er mit anderen Verfassungsbestimmungen in Kollision gerät, überhaupt „rechtlich" zugelassen wird, ist das Ganze nichts anderes als

ein Manöver, den Massen „Lohnkampf" vorzutäuschen, um sie vom wirklichen, notwendigen und außerparlamentarischen Massenkampf gegen Lohnraub abzuhalten.

Das muß den SPD-Aposteln von allen Arbeitern entgegengehalten werden. Jede Stimmzettelaktion ist nicht das Papier wert. Jetzt wird der Lohn abgebaut, jetzt sofort muß auch der Kampf mit unmittelbar wirkenden Mitteln, das heißt durch Massenaktionen geführt werden. Der Proiet, dem sein Unternehmer den Lohn abbaut auf Grund der Papen-Verordnung, soll der Monate warten, bis der „Volksentscheid" vielleicht durchgegangen ist und er dann bestimmt nicht von Papen anerkannt wird?

Nein, es gilt sofort zu handeln und das SPD-Manöver abzulehnen.

Scharfe Beschlüsse des Überwachungs-Ausschusses

Berlin, 13. September.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe zusammen. Die Beteiligung der Parteien war außerordentlich stark. Ebenso waren die Länder durch zahlreiche Gesandte vertreten. Von der Reichsregierung war nur Ministerialdirektor Gottheiner vom Reichsinnenministerium erschienen. Dieser gab zu Beginn der Sitzung eine

Erklärung

ab, in der es heißt:

„Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Reichstages mit der Reichverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstages nicht vereinbar ist.

Mit der Uebergabe der Urkunde trat die Auflösung in Wirksamkeit. Jede weitere Tätigkeit der noch versammelten Abgeordneten entbehrte damit der verfassungsrechtlichen Grundlage. Beschlüsse des Reichstages über die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September d. J. und über die Entziehung des Vertrauens liegen daher nicht vor. Ungeachtet dieser klaren Rechtslage hat der Präsident des Reichstages an den Reichskanzler in den gestrigen Abendstunden folgendes Schreiben gerichtet:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 12. September 1932 auf Grund der Anträge Torgler und Genossen mit 512 bei 559 abgegebenen Stimmen beschlossen: 1. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben. 2. Die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben. 3. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung von Papen das Vertrauen.

Aus diesem Schreiben in Verbindung mit den Erklärungen, die er gestern abgegeben hat, ergibt sich, daß der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstages nicht anerkennt. Zu dieser Stellungnahme des Reichstagspräsidenten steht die Einberufung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in Widerspruch.

Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit dem nach Artikel 35 der Reichsverfassung gestellten Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu verhandeln. Sie muß es jedoch ablehnen, in solche Verhandlungen einzutreten, ehe nicht der Reichstagspräsident sein Schreiben vom 12. September 1932 zurückgezogen hat."

Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministerialdirektor Gottheiner die Sitzung.

Reichstagspräsident Göring erklärte, er müsse anerkennen, daß die Reichstagsauflösung rechtsgültig sei,

da auch ein gestürzter Reichskanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, solange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe. Dagegen müsse er auf seinem Standpunkt beharren, daß die Abstimmungen rechtsgültig seien, da sie bereits begonnen hatten, als der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Allerdings habe er auch formal-juristisch lebhafte Bedenken, ob die Begründung, die für die Auflösung gegeben worden sei, mit dem Geist und dem Sinn der Verfassung übereinstimme.

Abgeordneter Berndt (Dt.Nat.) erklärte, daß er sich voll auf den Boden der Ausführungen des Regierungsvertreters stelle.

In der weiteren Aussprache erklärte Abgeordneter Löbe (SPD) als Vorsitzender,

daß der Ausschuß auf jeden Fall rechtmäßig tage,

auch wenn der Reichstag nicht aufgelöst sei. Abg. Wegmann (Z) erklärte, die Regierung dürfe unter keinen Umständen ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig machen.

Gegen die beiden deutschnationalen Stimmen wurde darauf ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach der Ausschuß die Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt.

Der Ausschuß befaßte sich dann noch kurz mit der

polizeilichen Durchsuchung des Reichstagsgebäudes

in der Nacht zum Dienstag.

Reichstagspräsident Göring legte gegen das Vorgehen der Polizei schärfste Verwahrung ein und erklärte, er sei bereits mit der preußischen Regierung in Verbindung getreten, um die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen. Er überlege auch, ob er sich wegen dieses Vorganges mit der Reichsregierung in Verbindung setzen solle.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Zentrums wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, in dem der Ausschuß feststellt, daß die Haussuchung

ein eklatanter Bruch der Abgeordnetenimmunität

sei. Der Ausschuß verlange die sofortige Bestrafung der für die Durchführung Verantwortlichen.

Der Ausschuß vertagte sich dann, um die Entscheidung der Regierung abzuwarten.

*

... Auch nach Wiedereröffung der Sitzung war kein Vertreter der Regierung erschienen.

Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der Deutschnationalen und den letzten Satz auch gegen die kommunistischen Stimmen

folgende Entschließung

der Sozialdemokraten an:

„Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäß Artikel 33 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig. Die Reichsregierung hat diese Rechtsauffassung auch anerkannt durch ihr Verhalten im Juni vor dem damaligen Ueberwachungsausschuß. Der Ausschuß stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht haben. Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhält."

... Der Ausschuß beschloß, daß dieser Antrag nicht nur der Reichsregierung, sondern auch dem Reichspräsidenten übermittelt werde.

Der zweite Teil der Verhandlungen im Ueberwachungsausschuß drehte sich um die Frage, ob die Auflösung des Reichstags zu Recht erfolgt sei und ob die Abstimmungen im Reichstagsplenum entsprechend den Verfassungsbestimmungen vorgenommen worden seien.

Nach längeren teilweise juristischen Ausführungen verschiedener Redner wurde ein Antrag des Abgeordneten Frank (NSDAP) angenommen, worin der Ausschuß feststellt, daß die Abstimmung im Reichstage am 12. September 1932 über die Aufhebung der Notverordnungen und die Entziehung des Vertrauens gegenüber dem Reichskabinett Papen verfassungsmäßig waren.

Weiter wurde ein Antrag des Abgeordneten Wegmann (Z) angenommen, der lautet: „1. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstößt gegen Artikel 25 Abs. 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Notverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellt, wie er im Artikel 25 Abs. 1 der Reichsverfassung gefordert wird.

2. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstößt gegen Artikel 48 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverfassung, weil sie das wichtige verfassungsmäßige Recht des Reichstags, die Aufhebung von Notverordnungen zu verlangen, verletzt und eine Wiederholung der Auflösung dieses Recht des Reichstags dauernd beseitigen würde."

Der Antrag Frank (NSDAP) wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Wegmann (Z) wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde dann noch ein Antrag des Abgeordneten Frank (NSDAP) angenommen, wonach der Ausschuß die Reichsregierung ersucht,

den Wahltermin für die Wahlen zum neuen Reichstag unverzüglich bekanntzugeben.

Während der Aussprache hatten verschiedene Redner scharfe Wendungen gegen das Verhalten des Reichskanzlers gebraucht. Auch sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Frank davon, daß der Reichspräsident von Hindenburg „in Verkennung seiner verfassungsmäßigen Pflichten" gehandelt hatte.

Zum Schluß wurde ein Antrag des Abg. Högner (SPD) angenommen, der verlangte, daß

zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Presseverbote aufgehoben

würden.

Der Ausschuß stellte es in das Ermessen des Vorsitzenden, Abgeordneten Löbe (SPD), wann eine weitere Sitzung stattfinden soll.

Auswärtiger Ausschuß ohne Regierungsvertreter

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages, der bekanntlich auch in der parlamentslosen Zeit in Funktion bleibt, trat am Dienstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Die Regierung war nicht vertreten. Der Ausschuß forderte in einem bei Abwesenheit der Deutschnationalen einstimmig angenommenen Beschluß, daß der Reichskanzler, der Reichsaußenminister und der Reichswehrminister alsbald erscheinen sollten, um ihren verfassungsmäßigen Pflichten zu genügen. Der Ausschuß vertagte sich dann, um die Ankunft der Minister abzuwarten.

Am späten Nachmittag fand eine zweite Sitzung statt, bei der die Regierung wiederum nicht vertreten war. Reichskanzler von Papen erklärte in einem Schreiben an den nationalsozialistischen Abgeordneten Frick, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, er könne nicht in den Ausschuß kommen, solange der bisherige Reichstagspräsident Göring seine Auffassung aufrecht erhalte, daß die Abstimmung über das Mißtrauensvotum zu Recht erfolgt sei. Der Ausschuß nahm, wieder in Abwesenheit der Deutschnationalen, einstimmig eine Entschließung an, in der das Verhalten der Reichsregierung als Verfassungsbruch bezeichnet wird.

Der Ausschuß beschloß ferner, daß die Anberaumung der nächsten Sitzung in das Ermessen des Vorsitzenden gestellt werde, daß aber der Vorsitzende verpflichtet sein solle, die Sitzung sofort einzuberufen, falls mindestens 3 Fraktionen dies verlangen.

Briefe, die nichts erreichen

In Berlin ist ein lebhafter Briefwechsel zwischen den maßgebenden politischen Stellen im Gange. Der Reichstagspräsident Göring hat beim Reichspräsidenten gegen das Nichterscheinen der Reichsregierung im Überwachungsausschuß protestiert und diese Handlungsweise als einen „offenen Bruch der Reichsverfassung" bezeichnet. Hindenburg hat in einem Antwortbrief „den Vorwurf des Verfassungsbruches mit Entschiedenheit zurückgewiesen" und erklärt, die Reichsregierung werde erst dann im Ausschuß erscheinen, wenn der Ausschuß in dem Verfassungsstreit den Standpunkt der Regierung ausdrücklich anerkenne. In diesen beiden Briefen fehlen bezeichnenderweise die gewohnten Höflichkeitsformeln; sie sind ohne Anrede und ohne die übliche Schlußfloskel geschrieben.

In einem weiteren umfangreichen Schreiben an den Reichspräsidenten gibt der Reichstagspräsident Göring seiner Erwartung Ausdruck, daß der Reichspräsident entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung die von der Abstimmung des Reichstags betroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werde. Die selbstverständliche Folge der Annahme des Mißtrauensvotums müsse der unverzügliche Rücktritt der Regierung Papen sein, die mit einer „vernichtenden Mehrheit vom deutschen Volke durch seine erwählte Vertretung gestürzt worden" sei. Gegen die Begründung der Auflösungsorder müsse er, so schreibt Göring weiter, Verwahrung einlegen, denn der Reichstag dürfe nicht zweimal aus dem gleichen Anlaß aufgelöst werden. Tatsächlich sei aber die Auflösung sowohl im Juni wie im September erfolgt, weil die Regierung Papen kein Vertrauen des Parlaments gefunden hätte.

Natürlich sind all diese Briefe des Reichstagspräsidenten nur leere Demonstrationen ohne praktische Bedeutung.

Das endgültige Abstimmungs-Ergebnis

Berlin, 12. September.

CNB. Die endgültige amtliche Feststellung über das Ergebnis der nach der Ueberreichung des Auflösungsdekrets vorgenommenen namentlichen Abstimmung des Reichstags hat ergeben, daß für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben wurden. Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die sieben Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abgeordnete Dr. Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten die drei Abgeordneten des Christlich-sozialen Volksdienstes Behrens, Schmidt-Westfalen und Simpfendörfer sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei Bauser-Stuttgart, so daß sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschaftsparteiler.

Auflösung des hessischen Landtages?

Darmstadt, 13. September.

CNB. Die sozialdemokratische Fraktion des hessischen Landtags hat in Anbetracht der Auflösung des Reichstags beschlossen, alsbald einen Antrag einzubringen, der auch die Auflösung des hessischen Landtags fordert. Wie es von sozialdemokratischer Seite heißt, sei bei den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen im Landtag mit der Annahme des Antrages zu rechnen, auch wenn die Nationalsozialisten dagegen stimmen sollten.

Der hessische Landtag ist in den letzten zehn Monaten nicht weniger als zweimal neugewählt worden, im November 1931 und im Frühjahr 1932. In beiden Fällen war es nicht möglich, eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit zustande zu bringen.

Die Willkür der Presseverbote

Berlin, 13. September.

CNB. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Erich Steinfurth wendet sich in einer Mitteilung gegen die Beschlagnahme der Zeitschrift „Justiz und Recht", die als Ersatzblatt für die verbotene „Rote Fahne" betrachtet worden war. Der Abgeordnete erklärte hierzu, daß die Zeitschrift, die von ihm als dem zweiten Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Preußischen Landtages unter Mitarbeit namhafter Juristen und Schriftsteller herausgegeben werde, in keinerlei Verbindung mit der „Roten Fahne" gebracht werden könne, daß die Zeitschrift am 29. August d. J. zum erstenmal erschienen sei, während die „Rote Fahne" erst am 8. September verboten wurde. Er habe deshalb gegen die nach seiner Auffassung völlig ungerechtfertigte Beschlagnahme sofort Beschwerde eingelegt.

Drohender Generalstreik in Asturien

Die Bergarbeiter von Asturien (Nordwestspanien) haben für den 19. September den Generalstreik beschlossen, falls die Regierung bis dahin nicht eingreife, um die unhaltbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen abzustellen.

Verhandlungen im Metallarbeiterstreik

Vom DMV, Bezirksleitung Schlesien, wird gemeldet:

Die auf Veranlassung des stellvertretenden Schlichters am Dienstag stattgefundenen unverbindlichen Verhandlungen wegen des Streiks in der niederschlesischen Metallindustrie hatten folgendes Ergebnis:

Die Unternehmer entscheiden in einer am Freitag dieser Woche stattfindenden Mitgliederversammlung über den Vorschlag, den zum 31. Juli gekündigten Tarifvertrag wieder in Kraft zu setzen mit Gültigkeit bis zum 15. Oktober dieses Jahres.

Weiter gibt der DMV bekannt:

„Durch Flugblätter und Aufruf in der ‚Arbeiterzeitung' wird zu Sammlungen für die streikenden Metallarbeiter aufgefordert. Die organisierten Streikenden erhalten ihre statutarische Streikunterstützung. Die Gewerkschaften haben mit den Aufforderungen nichts zu tun."

*

Das Verhandlungsergebnis ist für die Arbeiter alles andere als befriedigend. Aber trotzdem beweist es die Auswirkungen des Streiks auf die Unternehmer. Sie sehen sich schon gezwungen, nicht mehr an ihrer starren Forderung des Lohnabbaus festzuhalten. Insofern ist er ein Teilerfolg. Aber selbst wenn die Unternehmer am Freitag beschließen, den alten Tariflohn bis 15. Oktober weiter zu zahlen, ist das für die Arbeiter noch völlig ungenügend. Das würde bedeuten, daß in 4 Wochen wieder die Lohnabbaufrage stände. Darauf können sich die Arbeiter nicht einlassen, das mindeste, was sie verlangen müssen, ist ein dauernder Verzicht der Unternehmer auf Lohnabbau!

Noch ein Wort zu der Erklärung des DMV zu den Geldsammlungen für die streikenden Metallarbeiter. Wir halten diese Stellungnahme für falsch. Formell mag der DMV im Recht sein, wenn er die Verantwortung für nicht von ihm ausgehende Sammlungen ablehnt. Aber auch der DMV-Leitung ist bekannt, daß zahlreiche Metallarbeiter mit in Streik stehen, die — leider — nicht organisiert sind und daher keine Unterstützung beziehen. Der berechtigte Vorwurf, daß sie sich hätten beizeiten organisieren sollen, ändert nichts an der Tatsache, daß sie ohne Unterstützung eine längere Dauer des Streiks nicht ertragen können. Im Interesse des vollen Sieges muß daher diesen streikenden Kollegen geholfen werden. Es wäre Pflicht des streikführenden DMV, die geeigneten Maßnahmen für eine Mindestunterstützung dieser unorganisierten Streikenden zu treffen, ob aus eigenen Mitteln oder von ihm durchgeführte Sammlungen soll ihm überlassen werden. Solange der DMV diese Pflicht nicht erfüllt, ist es falsch, sich gegen die von anderer Seite veranstalteten Sammlungen zu wenden.

Alles durch Notverordnung

Hamburg, 13. September.

In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft hat, wie gemeldet, eine aus Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen bestehende knappe Mehrheit den Etat des Senats, der die Grundlage für die Führung der Regierungsgeschäfte und der gesamten hamburgischen Verwaltung bildet, abgelehnt. Da diese Ablehnung die Lahmlegung der Landesregierung und der Verwaltung zur Folge gehabt und die Aufrechterhaltung eines geordneten Staatslebens unmöglich gemacht hätte, wird der Senat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 den hamburgischen Staatshaushaltsplan von 1932 durch Verordnung in Kraft setzen.

Kleine Nachrichten

Berlin, 13. September.

CNB. Wie der „Vorwärts" mitteilt, ist der frühere Reichstagspräsident Löbe heute in die Redaktion des „Vorwärts" eingetreten.

Arbeiter! Genossen von Zimpel und Bischofswalde!

Wir beabsichtigen, in Zimpel unserer Abteilung eine Riege für ältere Männer anzuschließen. Gymnastik, Turnen, Sport und Spiel sollen Euch Gelegenheit geben, Euren Körper vom politischen und wirtschaftlichen Kampf zu entspannen und Euch zu erholen. Gleichzeitig wollen wir Euch durch zielbewußte Körperpflege neue Kraft geben für den Kampf des Proletariats.

Wir bitten alle Interessenten, sich am Freitag, den 16. September, um 19.30 Uhr, in der Gymnastik-Halle der Friedrich-Ebert-Schule einzufinden.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.
12. Abteilung.

Fünf neue Verkehrsampeln mit Reihenschaltung

Das seit langer Zeit schwebende Projekt der automatischen Verkehrsregelung durch Reihenschaltung von Verkehrsampeln in den Hauptstraßen zum Breslauer Ring wird jetzt verwirklicht. Im Zug der Schweidnitzer, Albrecht- und Ohlauer Straße werden in diesen Tagen fünf neue Verkehrsampeln nach der Vollendung der Verkabelung an starken Drahtseilen aufgehängt. Es handelt sich um die Kreuzungen Ring/Ecke Albrechtstr. und Schmiedebrücke, Schweidnitzer Straße/Junkernstraße, Schweidnitzer Straße/Karlstraße und Hummerei in der Nordsüdverkehrsrichtung, ferner um die Kreuzung Ohlauer Straße und Schuhbrücke sowie Albrechtstr./Ecke Schuhbrücke. Im Laufe des Dienstagvormittag wurden die neuen Verkehrsampeln auf der Schweidnitzer Straße bereits betriebsfertig eingerichtet. Die anderen drei Verkehrsampeln folgen in den nächsten Tagen. Vor dem Beginn der Verkehrsregelung durch automatische Reihenschaltung, der man in den Kreisen des Verkehrs noch recht skeptisch gegenübersteht, sollen Versuche und Berechnungen an Ort und Stelle über die Zeitabstände für die Einschaltung der Verkehrslichter erfolgen. Jedenfalls wird aber die neue Verkehrsregelung noch in diesem Monat durchgeführt werden.

Das Paket Butter als Wurfgeschoß

Breslau, 13. September.

Am Dienstag kam es in einem Schöffengerichtssaal zu einem erheiternden Krawall. Einem Untersuchungsgefangenen war von einem Freund ein Paket Butter zugesteckt worden. Als der Wachtmeister dazwischentrat, nahm der Gefangene die Butter und warf sie mit voller Wucht von sich. Zufällig traf er den Spender der Butter mitten ins Gesicht, wo die Butter nach allen Seiten auseinanderspritzte und an Wänden und Tischen hängen blieb. Recht bedrohlich wurde die Situation, als zwei Bekannte des Gefangenen über die Barriere sprangen und sich auf den Wachtmeister stürzten. Erst als der Beamte Hilfe bekam, und er vom „Gummiknüppel Gebrauch machte", wurde allmählich die „Ruhe im Saal wieder hergestellt". Die Angreifer auf den Justizwachtmeister haben ein Verfahren zu erwarten.

Die Gogoliner Räuber

Gogolin, 13. September.

Der auf das Besitztum der Strokaschen Eheleute in Gogolin ausgeführte Raubüberfall ist überraschend schnell geklärt worden. Der festgenommene Zuchthäusler Rockstein hat nicht nur ein Geständnis abgelegt, sondern auch die Namen seiner Komplizen angegeben und zwar deshalb, weil er sich von ihnen betrogen fühlte. Diese hatten ihm von der Beute in Höhe von 300 Mark nur 20 Mark gegeben, ebensoviel hatten seine Frau und sein Bruder erhalten, die jetzt auch beide verhaftet werden konnten. Den Rest von 240 Mark haben Rocksteins Komplizen behalten. Es handelt sich um drei Personen aus Birawa, Kreis Cosel; zwei von ihnen konnten bereits festgenommen werden.

*

Aus dem Geständnis des bereits mit Zuchthaus vorbestraften Kaspar Rockstein hat sich nicht nur der verwogene Überfall in Gogolin aufgeklärt, sondern auch der Überfall im Raudener Walde auf ein kurz vor der Hochzeit stehendes Paar. Dabei war die Braut getötet und der Mann schwer verletzt worden. Rockstein gab als Täter dieses Überfalls den auch an dem Gogoliner Überfall mitbeteiligten Skoterczak an.

Ein Kind bei einem Brand umgekommen

Vor kurzer Zeit brach in der Stallung des Gasthausbesitzers Hoffmann in Panthenau ein Feuer aus. Da das Wasser sehr weit entfernt war, konnten die Wehren trotz aufopfernder Arbeit den Brand nicht wirksam bekämpfen. Das Gebäude brannte mit den erheblichen Heuvorräten vollständig nieder. Das fünfjährige Söhnchen des Besitzers, das sofort vermißt worden war, wurde unter den Trümmern gefunden. Der Kopf des Kindes war völlig abgequetscht und ein Bein verkohlt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Der Naziüberfall von Kanth

Heute Beginn der Sondergerichts-Verhandlungen — 100 Zeugen geladen — Vor einem neuen Klassenurteil?

Heute beginnt ein Prozeß gegen 13 Personen, 9 Proleten und 4 Nationalsozialisten, die im Zusammenhang mit dem Naziüberfall auf die Kanther Arbeiterschaft verhaftet worden sind.

Die Proleten sind wegen „schweren Landfriedensbruch", „Rädelsführerschaft" und „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" angeklagt.

Die Nazis lediglich nur wegen „unbefugten Waffenbesitzes". Unter der Anklage der Rädelsführerschaft steht auch eine alte Frau.

Der Ueberfall geschah an dem gleichen Sonntage, an dem die Blutvorgänge in Ohlau geschehen waren. Bei dem Ueberfall wurde ein Reichsbannerkamerad so schwer verletzt, daß er an den Folgen dieser Verletzung verstarb. Eine große Anzahl anderer Reichsbannerkameraden wurden schwerer oder leichter verletzt.

Sonderbar, daß jetzt 9 Proleten und nur 4 Nazis verhaftet und angeklagt sind!

Sonderbar, daß gegen die Proleten so schwere Anklage und gegen die Nazis nur die leichte Anklage wegen unbefugtem Waffenbesitz gemacht worden ist!

Sonderbar, daß man bei der Voruntersuchung „nur so wenig" herausbekommen hat, daß jetzt 100 Zeugen nötig geworden sind!

Stehen wir vor einem neuen Klassenurteil des Breslauer Sondergerichts?

„...daß das Reichsbanner der schuldige Teil sei"

Klassenjustiz gegen Reichsbannerproleten

Schweidnitz, 12. September.

„Das Sondergericht trat am Montag zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Angeklagt waren drei Reichsbannerangehörige wegen schweren Landfriedensbruchs. Im April d. J. traf das Reichsbanner bei einem Propagandamarsch in der Nähe von Mörschelwitz mit einer Gruppe Nationalsozialisten zusammen, die sich gleichfalls auf einem Propagandamarsch befanden. Es kam zu Reibereien, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Dabei wurden mehrere Nationalsozialisten zum Teil erheblich verletzt. Auf Grund der Beweisaufnahme nahm das Gericht an, daß das Reichsbanner der schuldige Teil sei. Zwei Reichsbannerleute wurden freigesprochen. Der dritte Angeklagte, der zugegeben hatte, mit dem Paukenschläger auf die Nationalsozialisten eingeschlagen zu haben, wurde wegen schweren Landfriedensbruchs zu acht Monaten Gefängnis verurteilt."

Und worauf stützt sich die Beweisaufnahme? Sicherlich zu einem ganz hohen Prozentsatz auf nationalsozialistische Zeugenaussagen.

Bewußt wird in diesem Falle, wenn es auch bei zwei von drei Fällen nicht zur Verurteilung kommt, Stimmung gegen das Reichsbanner gemacht. Das Proletariat weiß, was es von solchen Nachrichten und von solchen Urteilen zu halten hat.

1 Jahr, 4 Monate Zuchthaus

Ratibor, 13. September.

Das Sondergericht verurteilte den Maurer Alois Kloj aus Warmunthau, Kreis Cosel, zu einem Jahr vier Monaten Zuchthaus und den Schlosser Johann Wochnik aus Millowitz, Kreis Cosel, zu acht Monaten und einer Woche Gefängnis. Beide hatten am 14. August bei einer Hochzeitsfeier in Warmunthau auf den Landjäger, der sie aus dem Saal entfernen mußte, mit einem Bierseidel eingeschlagen, so daß der Beamte und einer der Hochzeitsgäste schwere Verletzungen davontrugen.

Diphtherie-Epidemie

48 Erkrankungen in Brieg

Brieg, 13. September.

Die Diphtherieerkrankungen haben unter den Schülern der evangelischen Knabenvolksschule II noch weiter um sich gegriffen. Bis jetzt sind 48 Erkrankungen zu verzeichnen. Der Krankheit sind drei weitere Schüler erlegen, so daß sich die Zahl der Todesfälle auf sechs erhöht. An der betroffenen Schule sind sämtliche vier Grundklassen und an den übrigen Schulen die beiden niedrigsten Klassen geschlossen worden.

Auch in Jauer Diphtherie-Erkrankungen und Schul-Schließungen

Jauer, 13. September.

Auf Wunsch des Kreisarztes sind wegen der sich häufenden Diphtherieerkrankungen unter den hiesigen Schulkindern die evangelische Knaben- und Mädchenschule und die katholische Stadtschule auf zehn Tage geschlossen worden.

4 tödliche Verkehrsunfälle

Breslau, 13. September.

Am Montag stießen auf dem Platz vor dem Freiburger Bahnhof zwei Radfahrer zusammen. Beide kamen zu Fall. Der eine der Radfahrer, der Güterbodenarbeiter Karl Siegmund aus der Groß-Mochberner Straße, begab sich nach dem Sturz noch zu seiner Arbeitsstätte auf der Güterabfertigung West. Dort wurde ihm übel und es stellte sich Erbrechen ein. Er wurde ins Allerheiligen-Hospital gebracht, wo der Arzt einen Schädelbruch feststellte. S. ist dann nachmittags an den Folgen der Verletzung gestorben. — Der 70jährige Kaufmann Philipp Deinert aus der Kaiser-Wilhelm-Straße versuchte noch kurz vor einem die Kaiser-Wilhelm-Straße entlang fahrenden Straßenbahnzug das Schienenpaar zu kreuzen. Auf die starken Warnungssignale des Straßenbahnführers blieb der Fußgänger plötzlich stehen. Obwohl der Führer mit allen Mitteln versuchte, seinen Zug noch vor dem stehengebliebenen Fußgänger zum Halten zu bringen, gelang ihm dies nicht mehr. Der Fußgänger wurde umgestoßen und zu Fall gebracht. Der Angefahrene schlug so heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde mit dem Unfallauto in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bald nach der Einlieferung verstarb.

*

Ein weiterer tödlicher Verkehrsunfall ereignete sich am Montag abend auf der Kaiser-Wilhelm-Straße. Die 69jährige Privatiere Anna Rosenheim überquerte hinter einem in Richtung Süden fahrenden Auto den Fahrdamm. In diesem Augenblick kam aus entgegengesetzter Richtung ein anderes Auto und fuhr die Fußgängerin an, die unter den Wagen zu liegen kam. Mit schweren inneren Verletzungen brachte der Führer des Autos die Schwerverletzte in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus, wo sie in der Nacht ihren schweren Verletzungen erlegen ist. Die Ermittlungen über die Schuldfrage sind noch im Gange.

Görlitz, 13. September.

Von der Staatsanwaltschaft wird mitgeteilt: Am 11. September gegen 21.45 Uhr ist der Schriftsetzer Robert Kunstmann aus Muskau, der sich in Begleitung des Schmiedemeisters Johann Simon, ebenfalls aus Muskau, befand, auf der Chaussee Keula—Muskau von einem Motorradfahrer überfahren und hierbei tödlich verletzt worden. Der Motorradfahrer, der ohne Licht gefahren sein soll und bei dem Unfall selbst stürzte, ist in der Richtung nach Muskau weitergefahren und unerkannt entkommen. Personen, die den Motorradfahrer um die fragliche Zeit gesehen haben oder sonst sachdienliche Angaben über seine Person machen können, wollen sich umgehend bei der Staatsanwaltschaft Görlitz melden.

Die Geschichte eines Mordes in drei Meldungen

Erste Meldung

Oppeln, 7. September.

Unweit der Kreisgrenze Oppeln-Falkenberg wurde der Arbeiter Steckel aus Muchenitz ermordet aufgefunden. Die Mordkommission weilte heute den ganzen Tag über am Tatort. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zweite Meldung

Oppeln, 8. September.

Die Ermordung des Arbeiters Steckel aus Muschenitz unweit der Kreisgrenze von Oppeln-Falkenberg ist in ihren Motiven immer noch nicht restlos geklärt, obwohl die Oppelner Kriminalpolizei nach wie vor eifrigst bemüht ist, Licht in die Angelegenheit zu bringen. Verschiedene Anzeichen sprechen für einen politischen Mord, verschiedene andere dagegen strafen eine solche Annahme Lügen. Die bisherigen Ermittlungen haben zunächst dazu geführt, daß die Frau des Ermordeten verhaftet und in das Neisser Gerichtsgefängnis eingeliefert worden ist.

Dritte Meldung

Oppeln, 11. September.

Die in das Gerichtsgefängnis Oppeln eingelieferte Ehefrau des an der Kreisgrenze von Falkenberg ermordet aufgefundenen Arbeiters Karl Steckel aus Muchenitz hat ein Geständnis abgelegt. Sie gab zu, ihren Mann selbst erschossen zu haben. Die Gründe zu der Tat sollen in der unglücklichen Ehe gelegen haben. Die Vernehmungen der Frau dauern noch an.

„Vom Januar zum Juni"

Auf Aufforderung der Pressestelle der Provinzialverwaltung vermerken wir, daß das zum Artikel „Vom Januar zum Juni" in Nummer 196 der „SAZ" verwandte Zahlenmaterial den „Mitteilungsblättern des Statistischen Amtes der Provinzialverwaltung von Niederschlesien" entstammt.

1000 Mark Belohnung für Ergreifung des Naziflüchtlings

Der Regierungspräsident hat für die Ergreifung oder für Angaben, die zur Festnahme des aus dem Groß-Strehlitzer Krankenhaus entführten bzw. geflüchteten Untersuchungsgefangenen Alfons Rolle führen, eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Rolle wird von der Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes in zwei Fällen an zwei Polizeiwachtmeistern verfolgt.

Wohin?

Lobetheater. Bis einschließlich Freitag, täglich 20.15 Uhr, der große Lustspielerfolg „Die Journalisten" von Gustav Freytag in der Inszenierung von Hermann Schultze-Griesheim und der Besetzung der Première.

In den Hauptrollen des Sonnabend, 20.15 Uhr, zur reichsdeutschen Uraufführung gelangenden Schauspiels „Schuster Anton Hitt" von Hermann Heinz Ortner wirken mit: Elise Eckert, Käte Habel-Reimers, Felicitas Hönigsberg, Olga Kautsky, Marion Leporini, Hanna Meyer, Maja Sering, Peters Arnolds, Siegfried Bruck, Paul Demel, Karl Eberhard, Hans Frank, Hanns Grathwohl, Manfred Inger, Hans Modin, Hermann Menschel, Louis Oswald, Alfred Scherzer, Dr. Anton Schmerzenreich, Leo Selenko, Emil Stöhr. Inszenierung: Paul Barnay. Ausstattung: Harry Wilton.

Gerhart-Hauptmann-Theater. Der große Schauspielerfolg „Und Pippa tanzt", Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann, mit der Musik von Edmund Nick, kann nur noch bis einschließlich Freitag, täglich 20.15 Uhr auf dem Spielplan bleiben. Als letzte Wiederholung des Werkes findet Sonntag, 15.30 Uhr, eine einmalige Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen in unveränderter Premierenbesetzung statt.

Die Hauptrollen in dem Sonnabend zur Erstaufführung gelangenden deutschen Märchendrama „Die versunkene Glocke" von Gerhart Hauptmann, dessen Inszenierung in Händen von Martin Magner liegt, spielen: Ruth Albu, Gertrud Kerger, Ilse Klein, Ria Rose, Selly Schmidt; Ulrich Arle, Harry Förster, Alfred Habel, Paul Klinger, Rudolf Klix, Jaro Klinger. Für die Rolle der Wittichen wurde Frau Martha Hartmann, Berlin, verpflichtet.

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk"

Der am Montag stattgefundene Vortrag von Frau Dr. Friedrich über „Regel und Regelwidrigkeiten" war derartig stark besucht, daß er aus dem Marmorsaal in den Kuppelraum der Jahrhunderthalle verlegt werden mußte.

Am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 17.30—18.30 Uhr, findet im Marmorsaal wiederum ein Gymnastikabend statt.

KAFFEE HAG
der coffeinfreie Bohnenkaffee
zu haben bei:
W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 30639
Kolonialwaren :-: Delikatessen

Reichstagauflösung — was nun?

Über dieses Thema spricht in öffentlicher Versammlung am
Donnerstag, den 15. September, 20 Uhr,
im Bergkeller, Kletschkaustraße, der Genosse

Paul Frölich, Berlin

SAP Breslau

Unkostenbeitrag: Verdiener 30 Pfg. Erwerbslose 20 Pfg.
Verdienende Mitglieder 20 Pfg. Erwerbslose Mitglieder 10 Pfg.

Sind Wanderheime der Naturfreunde SPD-Filialen?

Wenn heute ein Arbeiter noch in den immer seltener werdenden Genuß einer größeren Ferienreise kommt, so muß er mindestens das ganze Jahr hindurch sparen. Diese Sparsamkeit zwingt aber auch, teuere Gaststätten, Pensionen und Hotels zu meiden, und er hat das auch in den weitaus meisten Fällen nicht nötig. Durch Selbsthilfe hat die Arbeiterbewegung Einrichtungen geschaffen, die es manchen erholungsuchenden Arbeiter überhaupt erst ermöglichen, auch in die schönsten und daher leider teuersten Reisegebiete einzudringen. Es war die Arbeit der freien Gewerkschaften auf dem Gebiete der Gewerkschaftshäuser und Ferienheime, und es war im besonderen die Arbeit des Touristenvereins „Die Naturfreunde", als die Wanderorganisation aller Ausgebeuteten, auf dem Gebiete der schon zum Begriff gewordenen Naturfreundehäuser, welche als Wandererübernachtungsstätte und Ferienheim dienen. Es wäre deshalb weit mehr als bisher Pflicht eines jeden Sozialisten, dieser Sparte der Arbeiterbewegung seine jederzeitige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Eine Wanderung durch den Schwarzwald ließ die Unentbehrlichkeit der dort an den schönsten Stellen gelegenen Naturfreundehäuser erkennen. Man befand sich im Kreise von sozialistisch eingestellten Arbeitern aller Parteirichtungen und verband damit die freundlichste Gastlichkeit der Hüttenwarte. Nur zu einem geringen Teil waren Wanderer aus dem bürgerlichen Lager anwesend, denen gegenüber wir unter Ausweisung unserer Zugehörigkeit zur organisierten Arbeiterbewegung durch das Parteibuch der SAP ermäßigte Gebühren hatten.

Aber! Eine Ausnahme machte das der Ortsgruppe Karlsruhe gehörende Naturfreundehaus Badener-Höhe. „Mitglieder der SAP sind ja Spalter und haben deshalb bei uns keine Gebührenermäßigung", so sprach's der Hüttenwart „recht freundlich" bei unserer Anmeldung und stellte uns damit den bürgerlichen Gästen gleich. Unsere Antworten kamen schnell und eindeutig. „Sind die Naturfreundehäuser nicht politisch neutrale Stätten, die von den erholungsuchenden Arbeitern gleich welcher Parteirichtung zu den Ermäßigungsgebühren gegenüber den bürgerlichen Besuchern aufgesucht werden können? Soll die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung durch den in die Naturfreundehäuser hineingetragenen Parteifanatismus noch vergrößert werden? Ist es nicht Pflichtverletzung des Hüttenwartes, an unpolitischer, den Interessen der gesamten Arbeiterklasse dienender Stelle stehend, einen erholungsuchenden Arbeiter als Spalter zu bezeichnen? Bestehen die Grundrechte in den Naturfreundehäusern nur für SPD-Genossen? Wir sind selbst bis zum Jahre 1931 langjährige Mitglieder der Naturfreunde gewesen und haben am Aufbau verschiedener Häuser mitgewirkt und sollen jetzt wie Ausgestoßene behandelt werden? Auf welcher Konferenz seit dem Jahre 1931 in Dresden ist ein so weittragender Beschluß gegen die SAP gefaßt worden? Wir stehen zur Naturfreundebewegung positiv und fordern deshalb eine gerechte Behandlung! Soll dieses häßliche Beispiel Schule machen und zur SAP oder KPD eingestellte Hüttenwarte veranlassen, in entgegengesetzter Richtung zu handeln? Ueberhaupt! Warum diese Uneinheitlichkeit in den Naturfreundehäusern des Schwarzwaldes? Nur auf der Badener-Höhe gilt unser SAP-Parteibuch nicht als Ausweis!"

Unser Protest brachte uns zwar nicht die rechtmäßige Behandlung, bezweckte aber eine Anfrage des zweifelnd gewordenen Hüttenwartes an seine Ortsgruppe Karlsruhe. Hier nun die Antwort: „Als Verbandsvereine kommen nur die der Zentralkommission für Arbeitersport und Jugendpflege angeschlossenen Vereine in Frage . . . . Die politischen Vereine, wie SAP und KPD, die uns bekämpfen, werden als Nichtmitglieder behandelt. Indem ich hoffe, daß sich die Gegensätze bald wieder ausgleichen . . . . ."

Die SAP bekämpft die Naturfreundebewegung?? Unsere Parteigenossen innerhalb der Naturfreundebewegung aus dem ganzen Reich haben jetzt das Wort. Ein Weiteres geziemt dem Parteivorstand.

K. H., Düsseldorf.

Gorgulow hingerichtet

Paris, 14. September.

Gorgulow, der Mörder des Präsidenten Doumer, ist heut um 5.52 Uhr hingerichtet worden. Vom Polizeipräfekten waren umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, da man annahm, daß die weißgardistischen russischen und die faschistischen Kreise die Hinrichtung zum Anlaß von Demonstrationen nehmen wollten.

Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es aber nicht gekommen.

Dampffährenunglück in Japan — 24 Tote

Tokio, 13. September.

Infolge des Kenterns einer Dampffähre, die 100 Arbeiter des Arsenals von Kure beförderte, sind 24 Personen ertrunken.

„Die fliegende Familie" gerettet

Oslo, 13. September.

Aus Tromsoe wird gemeldet, daß Hutchinson sich nach der norwegischen Funkstation Finsbu in Ostgrönland gerettet habe.

*

Kopenhagen, 13. September.

Die aus Seenot gerettete Fliegerfamilie Hutchinson ist an Bord des britischen Fischdampfers „Lord Talbot" um 15.30 Uhr wohlbehalten in Angmagsalik (Ostgrönland) eingetroffen.

50 Häuser eingeäschert

Trient, 14. September.

Villa Rendena wurde gestern von einem Großfeuer heimgesucht, dem 50 Häuser zum Opfer fielen. 400 Menschen sind obdachlos geworden.

SPD will auch die Arbeitersport-Bewegung spalten!

Nachwort zum Bezirksfest in Wilkau

Wilkau, 10. September.

Am 4. September fand in Wilkau das Bezirksfest aller Sparten des 6. Bezirkes statt. Die Veranstaltung stand im Zeichen des Demonstrationsverbotes und des Ausnahmerechtes gegen die Arbeiterbewegung. Sogar im Anmarsch wurden das Tragen von Fahnen und die Musik untersagt. Das Fest war trotzdem eine Demonstration gegen die politische Unterdrückung der Arbeiterbewegung, und viele Tausende waren gekommen, um an den sportlichen Ereignissen dieses Tages und an dieser Massenfeier teilzunehmen. Die Arbeiter aller Richtungen waren vertreten, weil in unserem Bezirk die überparteiliche Einstellung der Arbeitersportbewegung bis jetzt noch gewährleistet scheint.

Bereits am Vortage des Festes aber begann die sogenannte Eiserne Front — die SPD — einen schäbigen Reklame- und Sammelfeldzug während der Veranstaltungen des Kommerses und auf dem Festplatz. Die SPD wollte aus dieser Massenveranstaltung ein gutes Parteigeschäftchen machen. Der bekannte Parteisekretär von Wilkau schickte, obwohl ihm das untersagt war, Sammler für die Unterorganisation der SPD — die „Arbeiterwohlfahrt" — in die Veranstaltungen. Sie stießen bereits auf den Widerstand andersgesinnter Festteilnehmer. Statt nun aber das Signal zum Rückzug zu geben, wurden auf Befehl die Provokationen noch gesteigert. Auf dem Festplatz wurde versucht und teilweise auch durchgeführt das Anbringen der drei Pfeile. Sie mußten auf Anordnung der Bezirksleitung wieder entfernt werden. Im Laufe des Tages mußten dann wiederholt Broschürenverkäufer, „Freiheitszigaretten"- und sonstige Verkäufer vom Platze verwiesen werden. Sowohl die Festleitung als ein großer Teil der Besucher mußten wiederholt protestieren. Die Strippenzieher wollten trotzdem das Geschäft nicht aufgeben und noch nach der Schlußkundgebung nudelten sie den „Eisernen Marsch" herunter — allerdings nun nicht mehr beachtet.

Wir meinten nun, die SPD und ihr Drahtzieher hätten mit der eindeutigen Ablehnung ihrer Provokationen durch die Mehrheit der Besucher und die Festleitung Lehre angenommen und würden sich überlegen, wie dumm sie waren. Aber weit gefehlt. In einem wütenden Schimpf- und Hetzartikel im Volksblatt vom 8. 9. 32 lassen sie erkennen, um was es ihnen bei der ganzen „Aktion" eigentlich ging. Wir wollen uns nur mit dem Schlußsatz beschäftigen. Dort wird gesagt: „Die Sportgenossen, die mit derartigen Kampfmethoden gegen uns (gemeint ist Unterbindung des Parteigeschäfts! D. B.) nichts gemein haben wollen, fragen wir, wie lange sie sich noch von diesen Gesellen an der Nase führen lassen wollen." (!) Das ist die offene Aufforderung zur Spaltung und die Kampfansage an die 50 Prozent SAP-Anhänger der Arbeitersportbewegung in unserem Bezirk! Das ist die traurige Rache unterlegener Parteisekretäre, die nun auf Kosten der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit einen Parteiladen in Gang halten wollen. Wir fordern die Arbeitersportler aller Richtungen auf, gegen diese Umtriebe sofort und schärfstens zu protestieren! Schon einmal hat die SPD-Bürokratie Klassengenossen aus der Sportbewegung gedrängt. Ihr muß sofort das Handwerk gelegt werden! Auch die Arbeitsgenossen von der „Eisernen Front" müssen sich im Klasseninteresse unserem Protest anschließen.

Fußbodeneinsturz in einer Lyoner Fabrik

Lyon, 14. September.

In einem Fabrikgebäude stürzte heute ein Fußboden ein. Viele Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Einer fand dabei den Tod, zehn wurden schwer verletzt.

Zehn weitere Opfer des Fährbootunglückes auf dem East River geborgen

New York, 13. September.

In der Nähe der Stelle, wo sich vor einigen Tagen die Fährbootkatastrophe ereignete, sind zehn Leichen an die Oberfläche des Wassers getrieben worden, so daß sich die Gesamtzahl der bei der Explosion auf dem Schiff ums Leben Gekommenen auf 50 beläuft.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 168.

Stadtteil West. Abteilung Nikolaitor, Pöpelwitz und alle westlichen Eingemeindungsorte. Freitag, den 16. 9., 20 Uhr, findet unsere Stadtteil-Funktionär-Versammlung im Zentralhallsaal, Westendstr., statt. Alle Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Frauen Achtung! Alles geht Freitag in die Versammlung der I. H. V. nach der Siebenhufener Straße, Arbeiterheim. Frauenleiterinnen zu einer kurzen Besprechung um 7 Uhr ins Parteibüro.

P. K. G. Donnerstag, 19 Uhr, Arbeitsausschußsitzung im Bergkeller. 19.30 Uhr wichtige Besprechung der Kartenvertriebsobleute.

Internationale Hilfsvereinigung. Am Freitag, 16. 9., 20 Uhr, findet im Arbeiterheim Siebenhufener Straße 11/15, eine öffentliche Frauenversammlung der Internationalen Hilfsvereinigung statt. Der Abend wird umrahmt von Musik und Rezitationen. Außerdem wird ein politisches Referat gehalten. — Alle Genossinnen, die mithelfen wollen, das Solidaritätswerk der I. H. V. auszubauen, sind herzlichst eingeladen.

Internationale Hilfsvereinigung, Ortsgr. Breslau.

SAP-Genossen des StEW. Donnerstag, den 15. 9., 19 Uhr, in der „Stadt Leipzig", Ursulinerstr., Versammlung. Genosse Reimann referiert. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Verantwortlich: Paul Hannach, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzlev AG., Breslau Neue Graupenstr 7.

STADTTHEATER
Mittwoch, 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. F 1
Macbeth
Donnerstag, 20 — 22.30 Uhr Abonn.-Vorst. D 2
Der Opernball
Freitag, 20—23 Uhr Abonn.-Vorst. G 2
Der Freischütz

Genossen Beachtet unsere Inserate!

LOBETHEATER
Täglich 20.15 — 22.35 Uh
Die Journalisten
Sonnabend, 20.15 Uhr Reichsdeutsche Uraufführung!
Schusler Anton Hitt
Schauspiel von H. H. Ortner

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.25 Uhr
Und Pippa tanzt
Sonnabend, 20.15 Uhr Zum 1. Male!
Die versunkene Glocke
Märchendrama von Gerhart Hauptmann

KABA billiger
stets frisch zu haben bei:
KURT REICHERT
Kolonialwaren
Steinauer Straße 20, Ecke Leuthenstraße

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Walhalla 3422
Donnerstag, 15. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Donnerstag, 15. Sept. 5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

HAUS VATERLAND
Restaurant Berlin
BETRIEB KEMPINSKI

Die Einheitsfront
SPD.-, SAP.- und KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß
DIE ENTE
die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.
Sie erscheint jeden Donnerstag!
Preis 10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern erhältlich — Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

Bregen Farben Felle Matthias Gartenstraße 10

Kauft bei Blasse! Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

C. G. Müller
gibt 8% Rabatt in Edeka-Marken
Jetzt nur noch Neue Taschenstr. 1b
früher Poststraße 4

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Beachtet unsere Inserate

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei Gutsche — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Besonnt lohnenswürdig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbschener Straße 19/21 · Schweidnitzer Straße 43 · Poststraße 7 · Hellmutstraße 14

Werbt Abonnenten!

ODERTOR U. SCHEITNIG

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 28
Filiale: Blumenstraße 122 — Carlowitzermarkt 11

Fahrräder bei mir schon ab 31.50 Bereifungen, Ersatz- und Zubehörteile ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse Paul Böhlir Adalbertstr. 26

Richard Geise ff. Fleisch- u. Wurstwaren Bismarckstraße 34

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei Bruno Kastner, Adolfstr. 14

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Reserviert!
101

Wir lesen die
SAZ
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Negerfrauen

Soziale Unterdrückung — Grausame Ungerechtigkeit — Kolonialimperialismus

Erdrückend ist die tropische Schwüle, die höllische Glut der Sonne bei unserer Ankunft in Mombassa. Alles atmet erleichtert auf, als das Schiff vor Anker liegt. Endlich wieder festen Boden unter den Füßen, für Stunden kann man dem eintönigen Schiffsgemerlei entrinnen.

Die Schiffe können nur außerhalb der Pier anlegen, und so lasse ich mich mit einem Dhows (Eingeborenenboot) für einen Schilling nach Mombassa hinüberfahren. Schon von weitem fällt die Festung ins Auge, „Fort of Jesus", d. h. „Festung von Jesus". Einst von den Portugiesen erbaut, wird sie jetzt als Gefängnis für die Eingeborenen verwendet. Das vornehmste und stattlichste Straßenbild bietet wohl das Gouvernementsgebäude. Wie überall in Afrika sieht man auch hier Kirchen aller Konfessionen. Neben der anglikanischen und römisch-katholischen Kirche sowie dem Hindutempel gibt es noch eine ganze Reihe kleinerer Moscheen. Der anglikanischen Kirche ist die „Convent School for Girls", eine Schule für europäische Mädchen angeschlossen.

Interessiert für Afrika und seine Bewohner, war ich besonders gespannt auf die Lebensweise der schwarzen Frauen. Zwar war ich mir über das „Wie" in der Behandlung der Schwarzen von den Bleichgesichtern nicht mehr im Zweifel, als ich unlängst an Bord erlebte, wie sich eine ganze Schar weißer Frauen — gleich Megären — zusammentaten, um vom Kapitän die vollkommene Isolierung einer Schwarzen zu verlangen. Daß sie mit einer Schwarzen **dasselbe Bad teilen sollten**, bezeichneten sie als etwas unerhört „Schandbares". Ja, das ist noch gar nicht solange her — und **die schwarze Frau war sogar die legitime Gattin eines portugiesischen Konsuls** —

„Wir gebildeten Mitteleuropäer", so sagte mir ein Passagier mit der Miene eines Cäsar, „betrachten die Schwarzen als ein schmachvolles Produkt der Natur, was uns aber nicht hindert, sie und ihr Land für unsere Zwecke nutzbar zu machen." O ja, die Bleichgesichter verstehen es ausgezeichnet auf Kosten der Schwarzen in Afrika ein angenehmes Leben zu leben!

Das bemerke ich denn auch, als ich durch die Straßen Mombassas schlendere. Im Gegensatz zu den Europäern, die alle ein wohlhabendes Aeußere tragen, sehe ich nur verkümmerte Negerarbeiter. Keine schwarze Frau begegnet mir, um so mehr wimmeln die Straßen von „Peres du St. Esprit" europäischen Missionaren, die den europäischen Knaben das Einmaleins lehren und sie ferner unterrichten, **wie man den Schwarzen** „Kultur" und Räson beibringt.

Schon die Vorkommnisse an Bord hatten in mir weit mehr als einen Widerhall gefunden. Soziale Ungerechtigkeit und grausame Unterdrückung gegenüber der schwarzen Rasse wird von den Europäern in Afrika rücksichtslos durchgeführt. Auf jedem Schiff, das nach Afrika fährt, ist u. a. auch folgender Anschlag zu lesen: „Die Passagiere und Angestellten werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Südafrika jeglicher Beischlaf zwischen einem Europäer und einer Negerin, zwischen einer Europäerin und einem Neger verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft." Daß diese Bestimmungen mit aller Härte für die Schwarzen **angewendet werden**, davon überzeugte mich ein Gerichtsurteil in Durban (Südafrika).

Dort wurde eine schwarze Frau und ein Europäer „wegen unerlaubter Beziehungen" zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Diese Tatsache ist aber um so ungeheuerlicher, wenn man den „weisen" Richterspruch eines „weißen" Gerichtshofes hört. Die Negerin wurde zu drei Monaten Gefängnis mit sofortigem Strafantritt verurteilt, der Europäer mit neun Monaten aber mit Strafaufschub. So ist die schwarze Frau vogelfrei, daß der Europäer aber seine Strafe nie abzusitzen braucht, darüber besteht kein Zweifel.

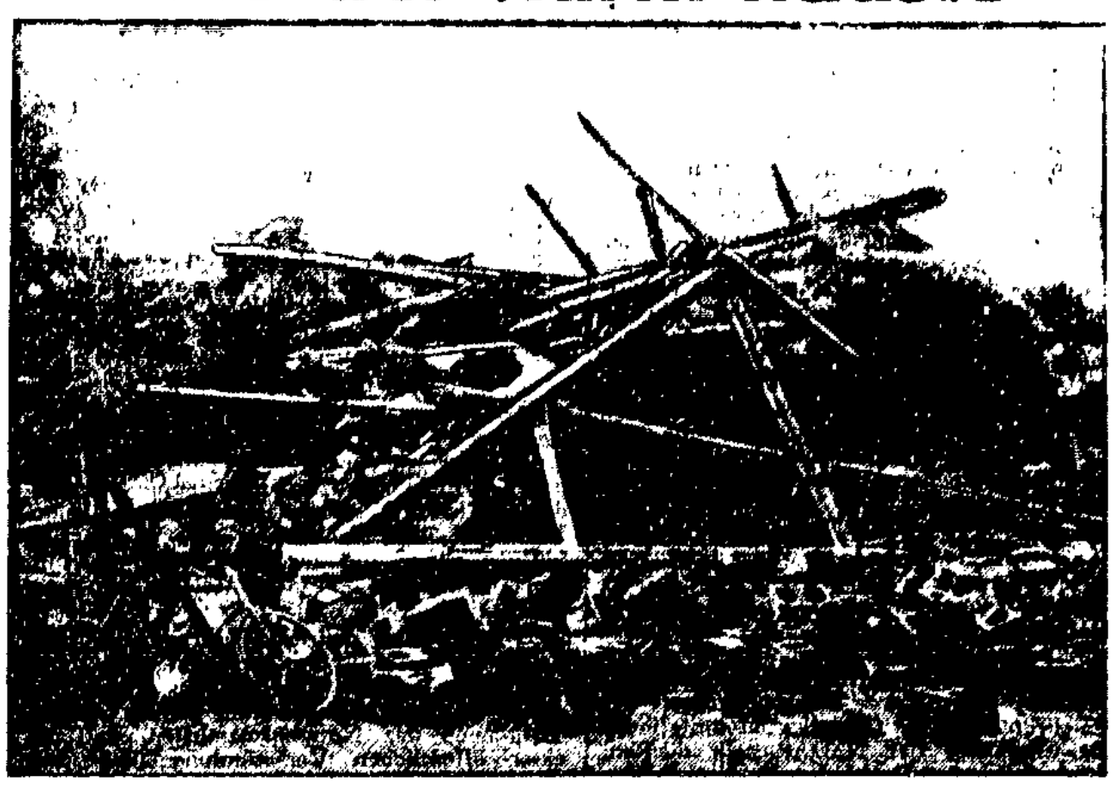
Ich versuche mit einem Schwarzen ins Gespräch zu kommen, und wenn wir uns auch nicht verstehen, so verständigen wir uns doch. „Wo sind schwarze Frauen?" lautet meine Frage. „Ah, — schwarze Mammi, weit, weit, sehr weit." Sie arbeiten auf den Farmen der Umgebung, wo sie für niedrigsten Lohn schwerste Plantagenarbeit leisten müssen. Erhält ein Durchschnittsarbeiter monatlich 10 Sh. 60 Lbs. Mais, so bekommen die Frauen nur die Hälfte und sind froh, wenn sie für ihre Kinder, die natürlich auch auf den Farmen arbeiten müssen, die monatliche Ration Reis erhalten. Die ungenügende Ernährung bei der schweren Arbeit bringt ihre Körper zum Weißbluten. Frauen, die meistens kaum dem Kindesalter entwachsen, sind Mütter von vier und mehr Kindern. Die Statistiken geben **einen grauenvollen Zahlenbericht über die** Massensterblichkeit.

Aber schon der Aufstand im Jahre 1922 zeigt, daß auch die schwarze Frau aus ihrer Dumpfheit erwacht. Als man bei dieser Eingeborenenrevolte in Nairobi (Kenya, Ostafrika) den Führer der Schwarzen, Harry Thuku, verhaftete und einkerkerte, da waren es Hunderte von Frauen, die demonstrierten und versuchten, ihren Führer aus dem Gefängnis zu befreien. Man ließ sie rücksichtslos zusammenschießen. — Frauen, die kämpften — mit der Sehnsucht nach Befreiung aus der Sklaverei eines Jahrhunderts.

Man fragt sich nur: was aber — was brachte denn die europäische Kultur den Schwarzen? — Syphilis, Kanonen, Schnaps und — Religion! — Dafür dürfen sie schuften auf den glutfiebrigen Tabak- und Baumwollfeldern, unter der Majestät ihrer weißen Herren und den glühenden Rhythmen der Sklavenpeitsche . . . Schwarze Sklaven . . . Frauen und Kinder fristen als Landarbeiterinnen ihr freudloses Dasein, und hungern . . . damit die Aktien steigen!

In Mombassa hat ein Negermädchen gesungen . . . die kindisch klagende Melodie eines Bantuliedes, darin sich die Sehnsucht **einer großen Rasse ausdrückte: die Sehnsucht** nach Befreiung!

Wie der Sturm hauste



Eine massive Feldscheune, die bei Weferlingen (Prov. Sachsen) durch den Orkan zerstört wurde. In den letzten Tagen wurden weite Gebiete in Nord- und Mitteldeutschland von schweren Stürmen heimgesucht. Vor allem in der Provinz Sachsen und hier besonders in der Gegend von Weferlingen wütete ein orkanartiger Sturm, der große Schäden anrichtete. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und wie Streichhölzer geknickt. Dächer wurden abgedeckt und schwere Bausteine mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert.

Endlich „Ausweg" aus der Krise gefunden

Nur zweimal täglich essen

Bei einer Versammlung der Mitglieder der Oekonomischen Vereinigung in New York trat Professor P. J. Hanna mit einem bemerkenswerten Referat auf. Das Thema hieß: „Wie lernt der Arme in der Periode der Krise mit weniger Essen auskommen, um seine Lage zu erleichtern?" In diesem „wissenschaftlichen" Vortrag führte der Professor eine Reihe von Beispielen aus dem Leben von Völkern und Stämmen an, die nur ein- bis zweimal am Tage essen. Eine solche Beschränkung erweist sich als sehr bekömmlich und ist bei einer gewissen Trainierung durchaus erträglich. Der Herr Professor richtete einen Appell an die Anwesenden, diese Lehre unter den Bürgern der Vereinigten Staaten zu verbreiten, um so zur Bekämpfung der Krise beizutragen.

•

Wie sagte doch Mussolini? — „Wenn wir die Krise bisher so gut überstanden haben, so das nur deshalb, weil der italienische Arbeiter sich daran gewöhnt hat, nur einmal am Tage sich sattzuessen." Das liegt alles auf derselben Ebene. Der deutsche Wohlfahrtserwerbslose kann sich bestimmt keinmal am Tage sattessen.

Wirklicher Kulturschutz in Sowjetrußland

Am Allrussischen Zentralexekutivkomitee ist ein Sonderausschuß für Denkmalschutz gegründet worden, in dessen Auftrag die staatlichen Restaurationswerkstätten bereits die Restauration alter Denkmäler, Bauten usw. vornehmen. Die berühmte Nowgoroder Kirche „Neredica" (aus dem 12. Jahrhundert) wird bereits restauriert; die Restauration des Nowgoroder und des Smolensker Kreml wie auch der außerordentlich wertvollen Denkmäler des 12. Jahrhunderts — der Peter- und Paulskirche in Smolensk, der Demetrius-Kathedrale in Wladimir, der Georgs-Kathedrale in Jurjew-Polski ist nahezu vollendet. In Moskau ist die Restauration der Basillus-Kathedrale und die Erschließung ihrer seinerzeit zugemauerten unteren Galerien in Angriff genommen. Unter der Leitung des Architekten Suchow werden nunmehr die Kathedralen und Türme des Moskauer Kreml restauriert. Daneben wird auch die Restauration alter Bauten in Pskow, Susdal, Kaluga und anderen Orten in Aussicht genommen. Große Aufmerksamkeit wird auch den Denkmälern der Krimer Tataren zuteil. Die Restauration der durch das Erdbeben im Jahre 1927 zerstörten Koletsch-Moschee in der Krim ist bereits vollendet; in der nächsten Zeit wird mit der Restauration der alten Befestigungen von Derbent begonnen. Die Restaurationswerkstätten wenden neuerdings ganz neue Verfahren an, die in Westeuropa noch unbekannt sind (Roentgenbestrahlung der Gemälde und Gewebe, chemische Restaurationsverfahren usw.).

Dostojewski-Manuskripte

Eine Sammlung bisher unbekannter und unveröffentlichter Schriften von Dostojewski wird soeben von der Leningrader Akademie der Wissenschaften herausgegeben. Insbesondere handelt es sich um die Varianten der weltberühmten Romane „Die Brüder Karamasoff", „Die Dämonen" und „Der Jüngling". Diese Varianten erlauben dem Literarhistoriker ganz bestimmte Schlüsse über das Vorgehen Dostojewskis bei der Konzeption des Werkes und seine Arbeitsweise zu ziehen. Die Akademie bringt auch einen bisher unbekannten Briefwechsel Dostojewskis aus der Zeit seines sibirischen Exils heraus.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

43) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Er wendet sich den Offizieren zu: „Sie können gehen! Aber verschwinden Sie bloß schnell aus Kiel und lassen Sie sich hier nicht wieder blicken!"

Für ein Uhr ist eine große Demonstrationsversammlung auf dem Wilhelmsplatz angesagt, wo den Landtruppen und den Schiffsbesatzungen Bericht über die Lage erstattet werden soll. Kurz vorher setzt ein heftiger Regen ein. Noske sieht durch das Fenster auf die Straße hinunter und erinnert sich, irgendwo gelesen zu haben, daß eine Revolution noch in den seltensten Fällen gemacht worden sei, wenn die Leute einen Regenschirm brauchten!

Auf das schlechte Wetter setzt er seine Hoffnung und glaubt, daß nicht allzu viele Leute die Versammlung besuchen werden. Er hat die Absicht, sich auf dieser Versammlung zum Vorsitzenden des Soldatenrats ausrufen zu lassen. Wie so etwas gemacht wird, weiß er. Dafür hat er zwanzig Jahre Parteiroutine. Er hat auch mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Garbe und einigen sozialdemokratischen Funktionären schon alles durchgesprochen.

Aber immerhin, — je weniger hinkommen, desto besser!

An die schöpferische Kraft der Massen glaubt er nicht.

Und er denkt gar nicht daran, das Sprachrohr dieser Massen zu werden und seine organisatorischen Fähigkeiten der elementar ausgebrochenen Bewegung zur Verfügung zu stellen.

Noske sieht sich in seiner Erwartung getäuscht.

Als er eine halbe Stunde später den Platz erreicht, ist dort schon eine unübersehbare Menge Matrosen versammelt. Und noch immer neue Züge, die rote Fahnen vor sich hertragen, marschieren an.

Zuerst spricht ein Mitglied des Soldatenrats.

Dann bekommt der Abgeordnete Noske das Wort.

Er stellt zunächst fest, daß er an der Entstehung der Bewegung keinen Anteil habe. Das schadet seinem Ansehen bei den Matrosen kaum. Es kommt nur auf den richtigen Ton an; und den versteht Noske so ausgezeichnet zu treffen, daß ihm diese Feststellung noch als Bescheidenheit angerechnet wird. Und der Partei und der Regierung gegenüber ist so ein Satz immer eine Rückendeckung, gegebenenfalls kann er sich darauf berufen.

Noske spricht über den Umfang, den die Bewegung angenommen hat, und dann steuert er auf sein Ziel los:

„Aber jetzt ist eine feste Hand nötig! Während des Vormittags ist niemand zu finden gewesen, der Anweisungen erteilt hat. Und so hat eine Anzahl Kameraden mich gebeten, als Vorsitzender des Soldatenrates vorerst ihre Interessen wahrzunehmen!"

„Eine Anzahl Kameraden . . ." sagt Noske. Daß der Vorschlag von dem Gewerkschaftsleiter Garbe gemacht wurde, der noch vor zwei Tagen auf dem Großen Exerzierplatz zum Warten gemahnt hat und von den Matrosen dafür ausgepfiffen wurde, teilt er der Versammlung nicht mit.

„In so einer Riesenversammlung kann man nicht verhandeln, was zu tun ist. Also müssen die einzelnen Formationen Vertrauensleute wählen und sie am Nachmittag nach dem Stationsgebäude schicken. Mit denen werde ich dann an die Arbeit gehen. Unter der Voraussetzung natürlich, daß die Versammlung das erforderliche Vertrauen zu mir hat."

Das ist das Stichwort für die in der Versammlung verteilten sozialdemokratischen Vertrauensleute.

„Wir brauchen eine richtige Führung!"
„Eine einheitliche Leitung ist nötig!"
„Noske hat die politische Erfahrung!"
„Noske, hoch!" rufen sie.
Und die Menge fällt in den Ruf ein.

Der Regen peitscht die hochgereckten Gesichter. Durch die Versammlung geht eine Bewegung. Ausgestreckte Hände, Mützen werden von den Köpfen genommen und geschwenkt. Nur wenige sind gegen die Wahl Noskes. Aber ihre Stimmen gehen in der Menge unter.

Ein Abgeordneter, — das ist fast so, als ob die Bewegung dadurch legalisiert wäre. Die Zaghaften und Mitläufer fühlen sich entlastet und ihre Aussicht auf Strafe geringer werden.

Artelt hat Einwendungen und erklärt, daß bindende Entschlüsse erst gefaßt werden sollen, wenn die Abgeordneten Haase und Ledebour ebenfalls eingetroffen und gehört worden sind. Doch Noske wartet die weitere Entwicklung und die Debatte erst gar nicht ab. Unter Zurufen und lebhaftem Winken der Matrosen verläßt er den Platz. Er läßt sich nicht zum Gewerkschaftshaus bringen, in dem der Soldatenrat sich niedergelassen hat, sondern zum Stationsgebäude. Und während draußen Schüsse knallen und von Offizieren aus den Häusern heraus auf die von der Demonstration zurückflutenden Züge geschossen wird, verhandelt Noske mit dem Chef des Stabes, Admiral Küsel, und bittet ihn und seine Offiziere, auf ihren Posten zu bleiben. Es werden ihm im Stationsgebäude einige Zimmer zur Verfügung gestellt. Unter Assistenz der Offiziere richtet er sich ein. Von den sechzig Mann, die die einzelnen Formationen am Nachmittag als ihre gewählten Vertreter schicken, sucht er sich den Gesichtern nach neun Man zu seiner Hilfe aus.

Dann geht er an die Arbeit. Er gibt einen Anschlag in Druck, auf dem er als Vorsitzender des Soldatenrates bekannt gemacht wird. Seine nächste Sorge sind die bewaffneten Matrosen. Er erläßt ein Dekret, nach dem Waffen und Munition abzuliefern sind. In die von Offizieren bewohnten Hotels läßt er Schutzwachen legen. Soldatenräte, die seine Autorität nicht anerkennen und an anderen Stellen tagen, bezeichnet er als „wilde Räte" und erklärt sie für abgesetzt. Er läßt sich telephonisch mit Berlin verbinden und teilt dem Staatssekretär der Marine, Ritter von Mann, mit, daß augenblicklich in Kiel Ruhe herrsche. Großes Gewicht legten die Matrosen auf Bewilligung der Amnestie. Der Rücktritt oder die Abdankung des Kaisers sei unbedingt notwendig.

„Jawohl, Exzellenz, wenn die entsprechenden Konzessionen gemacht werden, glaube ich, daß die alte Ordnung sich wieder herstellen läßt . . ."

„Es ist zu bedenken, Exzellenz, daß ich vom Glauben der Matrosen getragen werde, die annehmen, daß ich sie schützen und mich zum Sprecher ihrer Forderungen machen werde: Abdankung des Kaisers! Amnestie der Meuterer!"

„Ja, auch die Meuterer von 1917!"

„Die Amnestie muß ich bis morgen verkünden können, sonst kann ich nicht länger in Kiel bleiben!"

Der von Noske informierte Staatssekretär der Marine geht in die gerade tagende Kabinettssitzung zurück. Die Minister haben soeben den Bericht entgegengenommen, daß die von Scheidemann angeregte Aktion gegen die russische Botschaft gelungen ist. Eine der Kurierkisten ist programmäßig bei der Beförderung auf dem Schlesischen Bahnhof „versehentlich" geplatzt. Und im Polizeipräsidium wurde programmäßig das Material aus den Kisten zutage gefördert, das der Regierung die Handhabe gibt, die russische Botschaft aus Berlin auszuweisen.

Der Staatssekretär der Marine bekommt jetzt das Wort.

Er unterrichtet das Kabinett über sein Gespräch mit dem nach Kiel geschickten Abgeordneten Noske und schließt mit den Worten: „Gegen die Gewährung der Amnestie habe ich ernste Bedenken!"

Der Kriegsminister von Scheüch spricht sich ebenfalls gegen eine Amnestie aus: „Wir dürfen nicht sagen, daß wir die Rädelsführer nicht fassen werden. Die Befugnisse der militärischen Befehlshaber regeln sich nach militärischen Grundsätzen!"

Staatssekretär Haußmann, der inzwischen wieder in Berlin eingetroffen ist, wirft ein:

„Der von Noske beschrittene Weg wird am raschesten zum Ziele führen. Wir dürfen ihm nicht in den Rücken fallen!"

(Fortsetzung folgt.)

Die belgischen Streikkämpfe

Von van der Ende, Brüssel

III.

Wir sagten, daß am 9. Juli der Streik in eine neue Phase eintrat. In der Tat war das Verhalten der Streikenden bis zu diesem Datum äußerst gemäßigt und ruhig. Nirgends wurde der geringste Sachschaden verursacht, nirgends den Streikbrechern auch nur ein Haar gekrümmt. Man begnügte sich damit, sie bis nach Hause zu begleiten. Manchmal allerdings „bat" man sie, einen kleinen Spaziergang durch die Ortschaft zu machen, damit eben alle die Judasgesichter aus nächster Nähe beschauen können. Manchmal auch lud man sie ein, einen kleinen Abstecher ins Volkshaus zu machen, wo sie vor allen Versammelten schwören mußten, daß sie niemals mehr ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen werden. Aber nirgends wurde ihnen auch nur das geringste physische Leid angetan. Wenn in manchen Ortschaften einige Ingenieure und Grubenaufseher es vorzogen, acht Tage lang in den Verwaltungsgebäuden zu bleiben, auf den Tischen oder dem Fußboden zu schlafen und von kalten Speisen zu leben, als sich dieser kleinen Erziehungsarbeit zu unterwerfen, so lag das lediglich an ihrem publikumsscheuen Charakter, und dafür konnte ja niemand was.

Auch als die Streikenden auf das Glockenzeichen der Streikposten mit Weib und Kind aus den Häusern stürzten, um unter Lebensgefahr die Lastautos anzuhalten, die unter Gendarmeriebegleitung Streikbrecher aus anderen Ortschaften brachten, auch dann war ihr Verhalten ruhig und selbstbewußt. Sie umringten den Wagen mit einem dichten menschlichen Wall, klaubten sich die Gelben heraus und leisteten ihnen Gesellschaft, manchmal sogar mit Musikbegleitung, bis zur Ortschaft hinaus.

Die Gendarmerie?

Was konnten die paar Vertreter der Staatsautorität gegen die sie dicht umringende und entschlossene Menge tun? Sich mit den Streikbrechern mit dem Säbel einen Weg durch den Menschenhaufen bahnen? Nun, selbst „Ordnungshütern" ist das Leben — das eigene — teuer. Nur dort, wo sie in großer Zahl waren und ihnen keine Gefahr drohte, stürzten sie sich wie losgekoppelte Bluthunde auf die waffenlose Menge von Frauen und Kindern und hieben mit dem Säbel drein. So am 7. Juli in Bossu-Bois, in Hornu, in Cuesmes, alles Ortschaften im Borinage. Allein solche Fälle waren bis zum 9. Juli selten. Selbst die Demonstrationszüge in das hennegauische Mittelgebiet (Centre) und nach Charleroi verliefen bis zu diesem Datum äußerst friedlich.

Die Bewegung wuchs eben derart rasch an, verbreitete sich mit einer solchen Geschwindigkeit,

daß die etwa 2000 Gendarmen einfach machtlos waren. Auch hier wurde durch die Demonstranten niemand ein Haar gekrümmt und nicht der geringste Sachschaden verursacht. Die Streikenden beschränkten sich darauf, die noch arbeitenden Proletarier zum Solidaritätsstreik aufzufordern, und da sie eine gemeinsame Not eint, genügte dieser Appell vollkommen.

Am 9. Juli tritt eine radikale Aenderung ein. Einen Tag vorher fanden zwei wichtige Konferenzen statt. Die eine im Innenministerium, an der die Kohlenbarone Coppée, Halleux usw. und auch der Direktor der Société Générale, Galopin, teilnahmen. Die zweite fand unmittelbar danach im Kriegsministerium (ministère de la Défense Nationale) statt, an der außer den Vertretern der anderen Ministerien auch der General Tasnier, der General der Gendarmerie Moury und der Gouverneur des Hennegaus, Damoiseaux, teilnahmen. In diesen Konferenzen wurde beschlossen,

die Streikbewegung im Blute der Arbeiter zu ersticken,

und in der Nacht vom 8 zum 9. treffen mehrere flämische Gendarmerieabteilungen und zwei flämische Militärregimenter im Hennegau ein mit dem Befehl, rücksichtslos vorzugehen.

Diese militärische Ueberflutung des Streikgebiets und die praktische Verhängung des Belagerungszustandes reizen die Arbeiter bis aufs Blut. Ueberall entstehen spontane Protestdemonstrationen. An dem Marsch nach Charleroi nehmen viel größere Massen teil als gestern. In Marchienne-le-Pont, einem bedeutenden Industrieort bei Charleroi, findet eine große Gewerkschaftsversammlung der Bergarbeiter statt. Der Vorsitzende mahnt zur Vorsicht, da doch jede Straßenansammlung verboten ist. „In diesem Augenblick teilt ein Genosse mit, daß 3000 Streikende aus dem Centre und dem Borinage auf Charleroi marschieren. Die Bergarbeiter klatschen Beifall und strömen sofort auf die Straße hinaus" (Peuple, 10. Juli). Und so wächst der Zug von Ort zu Ort. In demselben Marchienne-le-Pont erfahren die Streikenden, daß in den Providence-Betrieben die Hochöfen und das Elektrizitätswerk noch im Gange sind. Sofort bewegt sich der Zug dorthin, die Frauen mit roten Fahnen immer an der Spitze. Als die berittenen Gendarmen, die vor dem Betrieb angesammelt sind, die Demonstranten ankommen sehen, ziehen sie blank. Dennoch schreitet die Masse auf sie zu. Da reiten die „Ordnungshüter" in die Menge hinein, stampfen Frauen und Kinder nieder und schlagen wie Henker mit blanker Klinge auf die Menge ein. Aber schon droht ihnen die Gefahr, umringt und aus den Sätteln gerissen zu werden. Sie weichen zurück, von einem wahren Steinregen verfolgt.

Inzwischen ist es einem Teil der Demonstranten gelungen, die Fabrikmauern zu erklettern und in den Betrieb zu gelangen. Mit Zustimmung der Maschinisten legen sie den größten Teil der Maschinen still und setzen den Weg nach Charleroi fort. Einige Stunden später dringt der Zug in die Stadt ein, trotz dem heftigen Widerstand der Polizei und der Gendarmerie, die unaufhörlich in die Masse hineinfeuern, und trotzdem die Manifestanten nur Steine haben zu ihrer Verteidigung.

Aehnliche Zusammenstöße — manchmal noch heftigerer Natur, wie in Montignies und in Roux, wo Dutzende von Arbeitern schwer verletzt und zwei Arbeiter getötet wurden — finden mehrere Tage lang in den meisten Ortschaften des Streikgebiets statt.

Ueberall setzen sich die Arbeiter zur Wehr, nirgends weichen sie der in Waffen starrenden Gewalt.

Manchmal genügt es, daß sich die Gendarmen in einer Ortschaft zeigen, damit die gesamte Arbeiterbevölkerung sofort auf die Straße eilt und sich zu einer Protestdemonstration zusammenschließt. In mehreren Orten hängen die Arbeiter in Schulterhöhe Stacheldraht über die Straßen, reißen das Pflaster auf, bedecken die Chaussee mit Glasscherben; in einigen anderen Orten, wie in Marchienne-le-Pont (wo der rote Hahn in der Nacht vom 9. zum 10. das Schloß des Direktors der Providence-Betriebe zerstört hat), in Quaregnon usw.

errichten sie Barrikaden und werfen Schützengräben auf.

Alles das, um die Bewegung der Truppen und der Gendarmerie zu stören, zu verlangsamen, zu durchkreuzen und den Lastwagenverkehr mit ihrem gelben Transport unmöglich zu machen. Es ist, als ob die Streikenden sich zur Devise gemacht hätten die Worte: „Besser kämpfend sterben als arbeitend verhungern."

Die blutigen Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung hatten unter anderem zur Folge, eine gewaltige Ausdehnung der Streiks. Am 9. und 10. schließen sich die Bergarbeiter des Lütticher Gebiets der Bewegung an, weil sie nicht unter Bajonettenaufsicht arbeiten wollen. Jetzt ergreift die Bewegung auch einen Teil der Provinz von Brabant und droht das ganze Land zu erfassen. Die Bourgeoisie ist von einer wahren Panik ergriffen. Sie sieht, daß die Unterdrückungsmaßnahmen nur Oel ins Feuer gossen, und sie ist zu Konzessionen bereit.

Jetzt war den „reformistischen" Führern eine große Chance gegeben. Wenn sie sich an die Spitze der Bewegung stellten, die trotz ihnen ausgebrochen ist, dann konnte es ihnen gelingen, die Konzessionen, zu denen die Bourgeoisie, dank den spontanen Massenaktionen des Proletariats, bereit war, auf ihr Konto zu buchen und ihr Prestige bei den Arbeitern wenn nicht zu steigern, so wenigstens zu retten. Aber die Delattre und Vandervelde waren in einer viel größeren Panik noch als die Bourgeoisie. Sie sehen sich in allen ihren Positionen, ja in ihrer Existenz bedroht und waren von einem einzigen Gedanken beherrscht: so rasch wie möglich diese „ordnungs- und disziplinlose" Bewegung zu begraben, selbst wenn sie dabei einen Teil ihres eigenen Einflusses auf die Arbeitermassen mit in die Erde schaufelten. Ja, diese Nurparlamentarier wagten nicht einmal, die Streikbewegung zu einer parlamentarischen Aktion auszunutzen und schlossen sich in wilder Hast in der Parlamentssitzung vom 13. Juli einem Antrag der Liberalen und der Katholiken an, der die Regierungserklärung zur Kenntnis nahm, die nur in einem Punkt, in der Aufgabe der geplanten Brotsteuer, positiv war, in den anderen Punkten aber: Lohnsenkung, Arbeitslosenunterstützung und „gerechte Arbeitsaufteilung" sehr vage war. (Wir werden noch darauf zurückkommen.) Und als gar noch die Gemischte Kommission der Kohlenindustrie am selben Tag die „Stabilisierung der Löhne bis zum 1. November" (bei Beibehaltung des fünfprozentigen Lohnabbaus vom 19. Juni, die Ursache des Streiks!) und die Wiedereinstellung aller Arbeiter des Beckens von Borinage beschloß (in den anderen Kohlengebieten sollten also nicht alle Arbeiter wieder eingestellt werden), und drei Tage später die Gemischte Kommission der Metallindustrie ebenfalls den Beschluß faßte, bis zum 1. November keine weiteren Lohnsenkungen vorzunehmen . . . und den für den 20. Juli angesetzten Lohnabbau vorläufig nicht durchzuführen, da münzten Partei und Gewerkschaften diese Beschlüsse um in einen „gewaltigen Sieg" der streikenden Arbeiter und forderten zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die Metallarbeiter und die Arbeiter der anderen Industrien folgten diesem Ruf. Die Bergarbeiter aber verharrten im Streik, bis sie, allein gelassen, nun den Kampf abbrechen müssen.

Die NSBO und der Metallarbeiter-Streik

(Sonderbericht der SAZ)

Görlitz, 13. September.

„Streik! . . . Für den revolutionären Sozialismus, gegen die Reaktion", unter diesen Parolen ruft die Kreisleitung Görlitz-Stadt der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation durch große rote Plakate an den Anschlagssäulen zu einer öffentlichen Versammlung in der „Stadthalle", dem größten Saal von Görlitz, auf. Vor einigen Tagen wurde eine interessante Beobachtung gemacht: Vor einer bestreikten Fabrik wurde ein Plakat „Hier streikt die NSBO" mit einigen Nazis davor, photographiert. Sehr wahrscheinlich, daß die Aufnahme demnächst im „Illustrierten Beobachter" oder sonstwo entsprechend ausgebeutet wird.

Der DMV hat es leider bisher versäumt, in Görlitz eine öffentliche Versammlung anläßlich des Streiks zu veranstalten. In der geschlossenen gewerkschaftlichen Streikversammlung wollten einige nationalsozialistische Arbeiter, die mit streiken, eine Erklärung abgeben. Das Wort wurde ihnen verweigert mit der Begründung, daß Gewerkschaftsmitglieder nicht Mitglieder der NSDAP sein dürften, worauf sie demonstrativ den Saal verließen. Jetzt veranstaltet die NSBO diese öffentliche Versammlung.

„Für den revolutionären Sozialismus, gegen die Reaktion", das ist das Thema der nationalsozialistischen Versammlung, während die SPD in Görlitz den Enthüller der Boxheimer Dokumente, von denen kein Mensch mehr spricht, öffentlich reden läßt! Die demagogische Begabung der Naziführer und ihr politischer Instinkt hat es sie eher als die Gewerkschaftsführer begreifen lassen, daß in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit und der kapitalistischen Krise es notwendig ist,

jeden gewerkschaftlichen Streik zu einer politischen Angelegenheit der gesamten proletarischen Bevölkerung zu machen und die Streikstimmung auszunutzen für den politischen Kampf.

Auch in der „Görlitzer Volkszeitung", dem niederschlesischen Organ der SPD, wurde der Streik als eine Angelegenheit von nicht allzu großer Bedeutung behandelt. Mehrere Tage erschien überhaupt keine Nachricht über den Stand des Streiks, im übrigen wurde nur im lokalen Teil, — mit einer Ausnahme — ohne Ueberschrift berichtet.

Wir erwarten, daß der Görlitzer DMV und der ADGB — denn der Streik ist auch keine bloße Fachangelegenheit — das Versäumte sofort nachholt, insbesondere angesichts des Vorgehens der Nationalsozialisten, und zu einer öffentlichen Versammlung über den Streik und seine politische Bedeutung aufruft. — Die Aussichten des Streiks sind, nach den bisher gemeldeten Teilerfolgen zu schließen, durchaus nicht ungünstig, jedoch könnte er als politischer Streik in Verbindung mit der übrigen proletarischen Bevölkerung ganz andere Früchte tragen und nicht nur die Lohnsenkungsabsichten der Unternehmer abwehren.

Eisenbahner fordern Kampf

Gegen Tarifdurchbrechung und Lohnabbau

Die Ortsgruppe Delitzsch des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hielt am 9. September eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Neben einer Reihe anderer Punkte wurde insbesondere die wirtschaftliche Lage, der Personalabbau bei der Reichsbahn und die neue Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September behandelt. Der Vorsitzende, Gen. Wagner, gab an Hand der Rundschreiben die Maßnahmen der Bezirksleitung und des Hauptvorstandes gegen den Personalabbau und die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bei der Reichsbahn bekannt. Die Maßnahmen auf dem Verhandlungswege erzielten für die Bediensteten sehr magere Ergebnisse, es ist unmöglich, auf diesem Wege die Verelendung der Eisenbahnarbeiter zu verhindern.

Der 2. Vorsitzende Gen. Gebhardt referierte eingehend über die vergangenen und die jetzige Notverordnung, deren Auswirkung es den Eisenbahnern unmöglich mache, ihre Familien zu ernähren, noch die Mieten aufbringen zu können. Die gesamte bürgerliche Presse wäre bestrebt, den Arbeitern ihre Lage und das Verhalten der Reichsbahngesellschaft als der Not der Zeit entsprechend plausibel zu machen. Sie hält es als selbstverständlich, daß das Defizit der Reichsbahn durch Entlassungen und Lohnabbau allein von den Eisenbahnarbeitern getragen werden soll, ohne daß den 300 000 Beamten auch nur ein Teil davon aufgebürdet würde, geschweige denn, daß die in heutiger Zeit provozierend hohen Gehälter abgebaut würden. Das Ziel des bankerotten Kapitalismus, seine Rettung nur auf Kosten der Arbeiter durchzuführen, steht klar vor den Augen der Arbeiterklasse. Diese müsse den wirtschaftlichen Kampf zur Erhaltung ihrer Existenz unter Herstellung einer gemeinsamen Kampfbasis auslösen.

In der Diskussion forderte der Kollege Wieglepp die Herabsetzung der Pensions-Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre sowie die Verstaatlichung der Betriebe, insbesondere die Rücküberführung der Reichsbahn in die Verwaltung des Reiches und Ausschaltung der Vertreter der Schwerindustrie aus der Leitung.

Die Versammlung war empört über das passive Verhalten der Gewerkschaftsführung und nahm nachstehende Entschließung einstimmig an:

„Die Versammlung wendet sich mit Entrüstung gegen die rücksichtslosen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durch die faschistische Papen-Regierung und gegen die verordnete Tarifdurchbrechung zugunsten des kapitalistischen Profits. Sie stellt fest, daß die Eisenbahner, deren Löhne im Durchschnitt nur noch 16—25 RM pro Woche betragen, ihren Lebensunterhalt schon jetzt nicht mehr bestreiten können und daß bereits in vielen Eisenbahnerfamilien ungeheure Not und Elend herrscht.

Sie muß weiter feststellen, daß gegenwärtig die besitzende Klasse den schärfsten Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse mit Unterstützung der Faschisten in brutalster Form durchführt, und erkennt, daß es höchste Zeit wird, daß das schaffende Volk sich gegen diese Regierung und gegen das kapitalistische System zu einem gemeinsamen Abwehrblock zusammenschmiedet.

In dieser Erkenntnis stellt sich die Versammlung hinter die Entschließung (SAZ vom 6. 9. 32) des Gewerkschaftskartells vom 30. 8. 32 und fordert gleichzeitig von den Verbandsinstanzen die sofortige Einleitung von Abwehrmaßnahmen, Einberufung von Kampfkonferenzen im Bezirks- und Reichsmaßstabe gegen die Durchführung der Verordnung vom 4. September in Gemeinschaft mit den übrigen Organisationen.

Jedes weitere passive Verhalten wird das Elend der Arbeiterklasse vergrößern und die Schwächung und Versklavung der Arbeiterorganisation zur Folge haben."

Spediteurstreik abgebrochen

In einer Streikversammlung der Berliner Speditionsarbeiter wurde bekanntgegeben, daß die Unternehmer bereit wären zu Verhandlungen. Voraussetzung aber sei, vorherige Wiederaufnahme der Arbeit. Unter stärkster Beeinflussung der Gewerkschaftsführer wurde mit schwacher Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Wir befürchten, daß dabei die Arbeiter die Betrogenen sein werden. Allerdings waren die Streikenden einig in dem Entschluß, wenn bei den Verhandlungen der Lohnabbau nicht zurückgenommen wird, den Kampf sofort wieder aufzunehmen.

Abänderung der Schlachtsteuer

Berlin, 13. September.

WTB. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das Preußische Staatsministerium eine zweite Verordnung zur Abänderung des Schlachtsteuergesetzes beschlossen, die am 14. September 1932 in Kraft tritt. Durch die neue Verordnung wird der Finanzminister ermächtigt, Hausschlachtungen nicht nur von Schweinen, sondern auch von Kälbern und Schafen von der Schlachtsteuer ganz oder zum Teil zu befreien. Im übrigen bringt die neue Verordnung eine teilweise Abänderung des bisher geltenden Schlachtsteuertarifs.

Die neue Schlachtsteuer beträgt danach für Ochsen 18—36 Mk., für Kälber 2—4 Mk., für Magerkühe 7—22 Mk., für Schweine 2—10 Mk. und für Schafe über 20 Kilogramm 1.50 Mk.

An der Fleischverteuerung für die große Masse der Bevölkerung ändert diese neue Bestimmung nicht das geringste.

Englische Kreditgarantie für Rußlandaufträge

London, 13. September.

Das Handelsamt hat, laut Daily Telegraph, die Ermächtigung zur Verlängerung der Frist für Handelskredite an Rußland von 12 auf 18 Monate erteilt. Dieses Zugeständnis wird aber, wie das Blatt schreibt, nicht auf bereits laufende, sondern nur auf neue Kontrakte Anwendung finden. Bisher war die britische Industrie angesichts des Verlangens der Sowjets nach langfristigen Krediten gegenüber der festländischen Konkurrenz im Nachteil. Aber da das Ausfuhrkreditamt keine Garantien für länger als ein Jahr geben konnte, sind viele Bestellungen an Firmen des Kontinents gegangen. Die Maschinenindustrie ist besonders interessiert am russischen Markt und man hofft, daß die Ausdehnung der Kreditfrist beträchtliche Bestellungen nach Lancashire bringen wird.